

hätte man die Konkordanzen in das Namensregister eingearbeitet (wo ohnehin die polnische bzw. tschechische Namensform neben der deutschen angegeben ist). Bei Stichproben zeigte sich das Namensregister zuverlässig.² Wer je ein Sachregister erarbeitet hat, das immer zu einer Auswahl zwingt, weiß, wie schwierig die konsequente Aufnahme einmal ausgewählter Begriffe ist. Auch in dem sehr reichhaltigen Sachregister dieses Bandes trifft man auf kleine Inkonsistenzen.³ Kleine Unvollkommenheiten sollten aber nicht davon ablenken, daß die Edition des Schlesischen Urkundenbuchs auch bei diesem fünften Band wieder einen hohen Vollkommenheitsgrad erlangt hat.

Göttingen

Klaus Conrad

² Dazu eine kleine, auf einem Zufallsfund beruhende Korrektur: in Nr. 325 ist als Bischof von Samland richtig Christian (von Mühlhausen, 1276–1295) eingesetzt, im Register steht statt dessen falsch Heinrich (S. 444, 472).

³ Z. B. ist von S. 153,34 *securitas*, das den Inhalt von Nr. 186 bildet, im Register nicht aufgenommen, während dies in den parallelen Fällen der Nr. 320 und 321 geschehen ist. Von S. 329,8 vermißt man im Register *ius feudale*, während es von zwei anderen Stellen Angaben zum *ius feudi* macht. Unklar ist auch, wann Pertinenzen wie *angarie* et *perangarie* berücksichtigt sind. Zahlreiche Angaben finden sich auf S. 497, es fehlt aber z. B. die Nennung von S. 291,43.

Stabilization and Privatization in Poland. An Economic Evaluation of the Shock Therapy Program. Edited by Kazimierz Z. Poznański. (International Studies in Economics and Econometrics, vol. 29.) Kluwer Academic Publishers. Boston, Dordrecht, London 1993. VI, 269 S., Tab. u. Diagramme, \$ 89.00.

Der vorliegende Sammelband ist im wesentlichen das Ergebnis der polnisch-US-amerikanischen ökonomischen Gespräche, die jedes Jahr gemeinsam von der „School of International Studies“ der Universität Washington und der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Warschau durchgeführt werden. Elf der insgesamt zwölf Beiträge beschäftigen sich mit dem Transformationsprozeß der polnischen Volkswirtschaft von einem plan- zu einem marktwirtschaftlichen System Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre. Ein Beitrag rückt diesen Prozeß in eine historische Perspektive.

Polen ist insofern als Sonderfall unter den ostmittel- und osteuropäischen Staaten zu betrachten, als sich die politische Führung 1990 für radikale Reformen („Shock Therapy“) und gegen graduelle Reformschritte entschieden hat. Die ökonomischen Ergebnisse dieser Entscheidung sind bekannt. Inflation, Arbeitslosigkeit und der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion waren höher und die ökonomische Rezession tiefer als erwartet. Es stellt sich daher die Frage, ob politische Fehlentscheidungen getroffen worden sind und ob eine andere Strategie nicht zu geringeren ökonomischen und sozialen Kosten geführt hätte. Diese Fragestellung ist bereits mehrfach in der Fachliteratur erörtert worden. Auch die Mehrzahl der Beiträge in dem vorliegenden Sammelband versucht aus unterschiedlichen Perspektiven Antworten darauf zu geben. Behandelt werden in den vier Teilen des Buches das ökonomische Stabilisierungsprogramm, die Reform des Außenhandelssektors, die Privatisierung staatlicher Vermögenswerte und alternative Reformansätze. Durch diese Einteilung werden allerdings Querbeziehungen zwischen diesen unterschiedlichen Teilabschnitten nicht immer deutlich, auch wenn sie ansatzweise in der Einleitung von Kazimierz Z. Poznański aufgezeigt werden.

Eine Reihe von Autoren führt die Hauptursache der tiefen Rezession der Jahre 1990–92 auf eher nachfrageseitige Faktoren zurück. Keith Crane sieht in seinem Beitrag die stark gesunkenen Realeinkommen und die davon abhängige Konsumnachfrage als deren Ausgangspunkt. Im Rahmen makroökonomischer Modellüberlegungen ver-

suchen auch Josef C. Brada und Arthur E. King nachzuweisen, daß die Rezession im wesentlichen auf den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – und hier vor allem der privaten Konsumnachfrage – zurückgeführt werden muß. Andere Autoren betrachten sie eher als Ergebnis angebotsseitiger Faktoren und legen damit auch weniger Wert auf die Darstellung makroökonomischer Zusammenhänge. Im Vordergrund stehen hier vor allem verschiedene Ineffizienzen auf der mikroökonomischen und institutionellen Ebene. Kazimierz Z. Poźnański betrachtet die Rezession vorrangig als Ergebnis der mangelnden institutionellen Voraussetzungen, wobei insbesondere auf das Fehlen eines funktionsfähigen Bankensystems hingewiesen wird. Wojciech W. Charemza betont in seinem Beitrag, daß die Abschaffung staatlicher Kontrolle über öffentliche Vermögenswerte und die gleichzeitig unzureichende Klärung von Eigentumsrechten eine Informationslücke geschaffen hat, die rationale Erwartungen der Wirtschaftssubjekte – auch hinsichtlich der Inflation – erschwerte. Jeffrey Sachs hebt hervor, daß die Privatisierung staatlichen Eigentums, die mit der Zuweisung von Vermögenswerten an Wirtschaftssubjekte einhergehen muß, zu langsam verlaufen ist und damit das größte Hindernis auf dem Weg zur ökonomischen Stabilisierung aufbaute. Przemysław T. Gajdeczka arbeitet in seinem Beitrag heraus, daß die hohe Inflation den privaten Sektor einschließlich der privaten Haushalte zu Nettogläubigern gegenüber dem Staat gemacht hat und dadurch die Möglichkeiten des Erwerbs staatlichen Eigentums reduzierte.

Peter Murrell betont in seiner Diskussion über das Verhältnis von graduellen und radikalen Reformen einen sehr interessanten Aspekt der Privatisierung. Arbeitshypothese ist, daß Unternehmen aufgrund von Informationsbeschränkungen nur auf ein begrenztes Maß an Veränderungen reagieren können. Die radikalen Veränderungen der Bedingungen führten dazu, daß die früher weitgehend Routine gewordenen Abläufe staatlicher Unternehmen nun nicht mehr funktionierten und ökonomische Kosten verursachten, die nicht zwangsläufig durch die Effizienz neuer oder privatisierter Unternehmen zu kompensieren sind. Jacek Kochanowicz argumentiert, daß das eigentliche Ziel des Wandels von plan- zu marktwirtschaftlichen Systemen darin besteht, den Einfluß des Staates auf die Wirtschaft zu reduzieren; dies heißt jedoch nicht, daß Bürokratien ihre Selbstauflösung, sondern veränderte und effizientere Verhaltensmuster anstreben müssen. In seinem historischen Rückblick weist der Autor darauf hin, daß im Zuge der industriellen Entwicklung, die es in Polen zum Teil nachzuholen gilt, durchaus ein hohes Maß an aktiver staatlicher Einflußnahme gegeben hat. Dieser Überlegung schließt sich die Frage an, wie der Staat den Außenhandelsbereich während des Übergangs behandeln soll. Ronald J. McKinnon sieht eine Hauptursache des industriellen Rückgangs in der unmittelbaren Konvertibilität der Inlandswährung und der raschen Arbitrage zwischen Inlands- und Auslandsmärkten. Dariusz K. Rosati betont in seiner statistischen Analyse, daß es keine ökonomischen Argumente für die Aufrechterhaltung des früheren RGW gegeben hat, da dieses Außenhandelsregime zu einem großen Teil für Produktionsmuster verantwortlich gewesen ist, die nicht der internationalen Arbeitsteilung entsprochen haben. Józef M. van Brabant wirbt in seinem Beitrag für die Einrichtung einer Zahlungsunion zumindest zwischen einigen der ostmittel- und osteuropäischen Staaten, um die Anpassungskosten beim Übergang zu einem marktwirtschaftlichen Außenhandelsregime zu reduzieren.

Diese eher ökonomisch angelegten Erklärungsansätze werden ergänzt durch den Beitrag von Branko Milanović, der den Zusammenhang zwischen ökonomischen Reformen und politischem System in den Mittelpunkt rückt. Es spricht in der Tat einiges dafür, daß die „Schocktherapie“ in Polen eher als politischer Schachzug denn als ökonomische Kur angesehen werden muß. Alle ökonomischen Alternativen haben zu dem zwangsläufig Konsequenzen für bestimmte soziale Gruppen und müssen sich

innerhalb der politisch gesetzten Zwänge bewegen. Dieses Wechselspiel zwischen Ökonomie und Politik macht es auch schwierig zu bestimmen, ob der Übergang der polnischen Volkswirtschaft hin zu einem marktwirtschaftlichen System eher dem Primat der Ökonomie oder jenem der Politik gefolgt ist. Der Leser erhält mit dem vorliegenden Sammelband vor allem einen umfassenden und guten Überblick über die ökonomischen Erklärungsansätze von Problemen dieses Wandels. Eine vollständige Analyse müßte die vielfältigen Erklärungsansätze zusammenführen und auch ihr Wechselspiel mit dem politischen System berücksichtigen. Ein solcher analytischer Rahmen steht zumindest gegenwärtig nicht zur Verfügung. Dies ist jedoch kein Manko des vorgelegten Sammelbandes, sondern verweist auf den noch offenen Kenntnisstand und die Komplexität der Analyse, die beim Wandel der plan- zu marktwirtschaftlichen Systemen vorzunehmen ist.

Bonn

Reiner Clement

Raphael Shen: Economic Reform in Poland and Czechoslovakia. Lessons in Systemic Transformation. Praeger Publishers. Westport, Connecticut; London 1993. XIV, 268 S., £ 44.95.

Die ostmittel- und osteuropäischen Staaten haben vor wenigen Jahren nahezu zeitgleich ihren Weg zu marktwirtschaftlichen und demokratischen Systemen angetreten. Die Erfolge der eingeleiteten Reformen sind jedoch zum Teil höchst unterschiedlich. Vor diesem Hintergrund analysiert Raphael Shen die ökonomischen Reformen in Polen und der früheren Tschechoslowakei. Seine Arbeitshypothese ist, daß ein uniformer Ansatz der Systemtransformation, der nicht die jeweiligen Besonderheiten der Volkswirtschaften berücksichtigt, kontraproduktive Resultate hervorbringt. Die erwarteten Resultate der Reformen in den beiden untersuchten Ländern sind nach Auffassung des Autors nicht deshalb verschieden, weil die politischen Ansätze unterschiedlich sind. Diese sind durchaus vergleichbar, selbst wenn die Zeit- und Abfolge der Reformen variiert hat. Die Unterschiede, so der Autor, sind vor allem darauf zurückzuführen, daß wir es mit verschiedenen Gesellschaften, Kulturen und ökonomischen Triebkräften zu tun haben. Ein politischer Ansatz der Systemtransformation muß deshalb diese gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Gegebenheiten berücksichtigen, denn sie entscheiden in hohem Maße mit über die negativen und/oder positiven Folgen von Reformen.

Mit diesem Ansatz wendet sich der Autor gegen Analysekonzepte, die mehr oder minder gleiche Strukturen in den ostmittel- und osteuropäischen Staaten voraussetzen. In der Tat ist in der bisherigen Erforschung dieser Staaten nicht immer deutlich differenziert worden zwischen systemspezifischen Merkmalen und solchen, die den einzelnen Ländern je unterschiedlich zu eigen sind. Zu Recht stellt der Autor seiner Analyse auch einen historischen Rückblick voran. Ohne diesen Rückblick, der zum Teil bis in das 18. Jh. zurückreicht, werden viele vor allem gesellschaftliche und kulturelle Besonderheiten in Polen und der früheren Tschechoslowakei nicht verständlich. Sie sind aber durchaus mitentscheidend für den Erfolg der heutigen ökonomischen Reformen. Ebenso wichtig für das Verständnis der heutigen Situation ist die vom Autor durchgeführte Analyse der ökonomischen Entwicklung und der Reform Erfahrungen zwischen 1945 und 1989. Dort haben sich ebenfalls bestimmte Strukturen herausgebildet, die maßgeblich die unterschiedlichen Reformfolge in den beiden untersuchten Ländern beeinflußt haben.

In den nachfolgenden Kapiteln widmet sich der Autor den eingeleiteten Reformen in den beiden Staaten Anfang der 90er Jahre. Die Ausführungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und der Preispolitik, den fiskalpolitischen Reformen, den Veränderungen in der Währungs- und Geldpolitik, den Reformen in der Investitions- und